

Zur Exit-Debatte:

Vorrang für Gesundheit!

Den Lockdown ständig überprüfen und vor allem demokratisieren!

Elementare Grundrechte wiedereinführen.

Die Debatte um den Exit aus der Corona-Lage wird jetzt aus ganz unterschiedlichen Motiven, mit ganz unterschiedlichen Absichten und entsprechenden Zielen befördert. Auch im Saarland. Diese Debatte wirft Grundsatzfragen auf, in welche Richtung sich die Gesellschaft in Zukunft entwickeln soll und muss. Es geht zugespitzt um die Frage: Wird ein Exit aus der Corona-Krise wieder der Einstieg in ein neoliberalistisches „Weiter so?“ Welche Tendenzen werden befördert, welche gebremst?

Mehr Obrigkeitsstaat?

Effektivierung der Ausbeutung und des Profitsystems?

Gesundheit ganz in Kapitalhand und damit Selektion der Bevölkerung (das wäre die Verallgemeinerung der Triage)?

Wann endet die massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit und elementarer Grundrechte?

Wann können Menschen wieder die Arbeit aufnehmen?

Wann endet die Zeit großer Unsicherheit und Ängste vor dem sozialen Absturz, vor drohendem Arbeitsplatzverlust?

Wird mit einem Exit der Herrschenden die Rechtsentwicklung beschleunigt oder werden demokratische Mitentscheidungs- und Mitwirkwirkungsrechte erweitert?

Von den Herrschenden wurden und werden schon Weichen gestellt:

Milliarden Hilfen werden durch Bundes- und Landesregierungen in die Wirtschaft gepumpt. Mickrig nimmt sich dagegen das sog. Sozialschutz-Paket aus. Die soziale Schieflage ist eklatant. Die 2,2 Millionen Kurzarbeitern, mit denen allein in der Metall- und Elektroindustrie gerechnet wird, müssen mit 40 Prozent weniger Lohn und mit gravierenden Einschnitten in ihrer Lebensgestaltung auskommen. Nur in größeren Betrieben ist eine Aufstockung durch das Unternehmen tarifvertraglich gesichert. Eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes per Gesetz auf 80 oder 90 Prozent, wie es u. a. der DGB fordert, wird von der CDU torpediert. Wie lange will sich die SPD noch am Nasenring durch die GroKo-Arena führen lassen?

Massenhafte Insolvenzen kleiner und mittlerer Betriebe können auch mit den Soforthilfen und Krediten nicht verhindert werden. Eine Entlassungswelle ist bereits angelaufen. Es sind nicht nur die Solo-Selbständige und Kleinstunternehmer, die ihre Existenzgrundlage verlieren, katastrophal geht es allen in prekären Arbeitsverhältnissen und im Niedriglohnsektor Beschäftigten; deren Angst um dauerhaften Arbeitsplatzverlust und sozialen Absturz ist besonders groß. Vielen bleibt nur der Weg zum Jobcenter und zu Hartz IV. Der vereinfachte Zugang zur Grundsicherung, wie im

o. g. Sozialpaket beschlossen, steht in keinem Verhältnis zur Notlage der Betroffenen und ist überdies auf sechs Monate befristet. Eine Erhöhung der Regelsätze als kleiner Puffer beim Absturz der Einkommen spielt in dem Paket keine Rolle.

Eine tiefe und länger dauernde Rezession wird kommen, die sich schon vor Corona am Horizont des Kapitalismus abzeichnete. Vor diesem Hintergrund gibt es ein allgemeines Interesse, auch der Beschäftigten, dass die Wirtschaft bald wieder in Gang kommt. Die Großen, die Konzerne, wollen das Profitrad aber möglichst schnell wieder in Schwung bringen. Beispielsweise hat ZF die Produktion für den Export nach China teilweise wieder aufgenommen, in anderen Betrieben wie der Stahlindustrie wird mit Teilen der Belegschaft weiter gearbeitet. Dabei steht immer die Frage: Wie werden die Gesundheitsvorgaben und Hygieneregeln eingehalten, können und wollen die Betriebsräte ihre Kontrollrechte voll ausüben? Es gilt: Gesundheit geht vor Profit! Die Bosse der Autoindustrie erdreisten sich gar, eine Kaufprämie für neue Autos zu fordern - ignorant gegenüber den Klimaschutzziele und den Haupt Sorgen, die die arbeitenden Menschen, auch ihre eigenen Beschäftigten, zurzeit bewegen. Egal wie die wirtschaftliche Erholung läuft: Die Konzerne werden sich neu aufstellen und organisieren, um den Ausfall der Profite aufzufangen. Die Unternehmenslandschaft in Deutschland und Europa wird sich im Zuge eines Aufschwungs mit steigender Konzentration und Zentralisation des Kapitals verändern; mit einer gnadenlosen Rationalisierung in den Betrieben ist zu rechnen.

Durch Regierungsvertreter und in den Medien wird der Versuch unternommen, das deutsche Gesundheitssystem im Vergleich zu anderen in Europa als das bessere darzustellen. Fakt ist aber: Es war ebenso wie diese in keiner Weise auf eine Epidemie dieses Ausmaßes vorbereitet. Die Krise hat die systemischen Grenzen dieses Gesundheitswesens offenbart: Mangel an Personal, Mangel an notwendiger Ausrüstung (Masken, Schutzkleidung, Intensivbetten), generelle Unterfinanzierung einerseits und zunehmende Privatisierung und Marktunterwerfung andererseits. Welchen Weg geht das Gesundheitssystem in der Zukunft?

Werden die offensichtlichen Schwächen des Gesundheitssystems zur weiteren Privatisierung und Durchkapitalisierung genutzt oder gibt es eine Abkehr vom Trend „Gesundheit als Ware“? Gesundheit ist eine Aufgabe der Daseinsfürsorge, die in öffentliche Hand gehört, d.h. Privatisierung stoppen, die Finanzierung über Fallpauschalen abschaffen, eine einheitliche öffentlich-rechtliche Krankenversicherung für alle einführen.

Die Krise wurde auch für Angriffe auf soziale Rechte genutzt. Vielfach wurden Beschäftigte erpresst, ihren gesetzlichen Erholungsanspruch mit den Ausfallzeiten zu verrechnen. In Krankenhäusern wurde mit dem „Sozialschutzpaket“ des Bundesarbeitsministers Verstöße gegen Regelungen zur Arbeitszeit und zur Personalbemessung legalisiert und mit einer Öffnungsklausel für die Zukunft festgeschrieben. Die Auseinandersetzung, ob die Schutzfunktion des Arbeitsrechts absehbar in Richtung Notstandsregelungen verändert wird, steht bevor.

Grundsätzlich geht es um die Frage der Demokratie. Es gibt in der Bevölkerung eine große Akzeptanz für die berechtigten Eingriffe in Persönlichkeitsrechte und Bewegungsfreiheit. Diesen Einschränkungen und Maßnahmen sind, unter der Prämisse der Pandemie, entgegenzuwirken, ständig auf ihre Wirkung zu überprüfen und zeitlich zu fixieren und der Öffentlichkeit transparent zu machen. In jeder Situation müssen die Möglichkeiten zur, wenn auch schrittweisen, Aufhebung geprüft und vollzogen werden. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte dürfen dauerhafte

Einschränkungen (vgl. Notverordnungen in der Weimarer Republik) von der Bevölkerung nicht hingenommen werden. Es ist Wachsamkeit geboten, dass sich die bisher schon vorhandenen obrigkeitstaatlichen Tendenzen (à la Bouillon) nicht verstärken.

Das Demokratiedefizit der kapitalistischen Gesellschaft hat die Krise enorm befeuert. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung war und ist gegen die Ausrichtung des Gesundheitswesens nach Profitinteressen, gegen die ungehemmte Globalisierung zulasten der arbeitenden Menschen, für Abrüstung und für eine enge internationale Zusammenarbeit zur Lösung globaler Fragen.

Demokratie darf nicht länger am Werkstor oder dem Klinikeingang enden! Keine weiteren Mausechelen zugunsten der Wirtschaft in der Krise!

Demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten müssen bereits in der Krise ausgebaut werden. Gewerkschaften, Sozialverbände und NGOs müssen in alle Expertengremien zur Bekämpfung der Krise einbezogen werden. Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte muss auf Produktionsentscheidungen ausgeweitet werden, damit die sozial-ökologische Transformation vorankommt. Wir brauchen Gesundheitsräte in allen Kommunen, die die Ausgestaltung des Gesundheitswesens demokratisch mitgestalten können. Umgehend müssen demokratische Rechte wie die Versammlungsfreiheit unter Einhaltung der Hygienebestimmungen wieder in Kraft gesetzt werden.

Auch kein „Weiter so!“ darf es im Umgang mit den Geflüchteten an den Grenzen der EU geben. Wir fordern die sofortige Evakuierung der Menschen aus den inhumanen Lagern in Griechenland. Das Saarland kann im Rahmen einer europäischen Initiative voran gehen. Hier gibt es genügend leer stehende Unterkünfte, die genutzt werden können.

Wir fordern von der CDU-SPD-Landesregierung umgehend eine Initiative im Bundesrat für umfassende Hilfe für die Entwicklungsländer und zur Beendigung der Sanktionen, z.B. gegenüber Kuba, Venezuela und Iran.

Wir fordern eine breit angelegte Debatte über weitere Herausforderungen der Zukunft wie Kriege, Armut, Fluchtursachen, der Zerstörung von Lebensgrundlagen. Wir fordern auch eine Debatte über die Hochrüstung und den Ausbau des Kriegspotentials mit immer höheren Militärhaushalten.

Jetzt muss ein Politikwechsel in allen gesellschaftlichen Bereichen durchgesetzt werden. Es geht um Alternativen zu den neoliberalen Zerstörungen und gegen die Rechtsentwicklung. Es geht um mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung in den Betrieben und in der Gesellschaft und die Finanzierung der Krisenlasten durch Abrüstung und eine Millionärssteuer. Es geht um den sozial-ökologischen Umbau der saarländischen Wirtschaft und damit auch der Sicherung des industriellen Kerns.

Herausgefordert sind alle, die Gewerkschaften und Sozialverbände, alle demokratischen Kräfte, auch alle Beschäftigten in den „systemrelevanten“ Bereichen; sie standen und stehen in dieser besonderen Situation mit ihrer besonderen Leistung nicht nur an vorderster Front gegen die Pandemie, sondern haben Systemmängel und Systemgrenzen erkannt und wissen, worauf es in Zukunft ankommt.

Gemeinsames Handeln ist notwendiger denn je! Immer zugespitzter geht es darum, wie wir in Zukunft im Saarland leben und arbeiten wollen!

In diese Auseinandersetzung müssen jetzt die Gewerkschaften ihren gesellschaftspolitischen Anspruch, der im Tagesgeschäft oft auf der Strecke bleibt, in die Waagschale werfen. Es geht um einen Aufschwung der Rolle insbesondere des DGB und die Stärkung der Einzelgewerkschaften. Die Chancen sind da, sie müssen genutzt werden!

Corona verweist uns darauf, welche Verwüstungen die kapitalistische Produktionsweise in der Gesellschaft, auf den Feldern der Gesundheit, der Ernährung und der öffentlichen Infrastruktur nach sich gezogen hat. Wir engagieren uns für nachhaltige Lösungen. Deshalb sind wir für die Überwindung des kapitalistischen Systems, das zerstört, kaputt macht, die Menschheit in immer neue Krisen mit immer größeren Gefahren stürzt.

Wir Kommunisten werben gerade jetzt auch um die Stärkung der DKP als marxistische Kraft. Als wichtigen Faktor im Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise. Nur so kann es auch einen Exit aus den immer wiederkehrenden Krisen des Kapitalismus geben!

Wer sich nicht wehrt – der lebt auch jetzt verkehrt!

DKP Saarland, Bezirksvorstand

Zu weiteren Forderungen der DKP, insbesondere zum Gesundheitswesen siehe [Erklärung des Parteivorstandes der DKP](#)

Saarbrücken, 19.04.2020